

Über Verbesserungen der Kulturellen Bildung und über Verschlechterungen der Lebensverhältnisse junger Menschen - eine Provokation

Michael Wimmer

Woran misst sich die „Qualität der Liebe“? - Blöde Frage, werden manche antworten und sich auf den Lyriker Erich Fried berufen. Er brachte in seinem Gedicht „Es ist was es ist“ die Unmöglichkeit diesbezüglicher Messversuche auf den Punkt, wenn der Refrain immer wieder auf den lapidaren Satz zurückfällt; „Es ist was es ist sagt die Liebe“. Zugleich scheute er nicht davor zurück, vor dem Abschluss jeder Strophe eine Reihe von negativen Konnotationen wie Unsinn, Unglück, Aussichtslosigkeit, Schmerz oder Angst anzusprechen und damit den unauslotbaren Erfahrungsraum aufzumachen, der – wie die ungebrochene Literatur- und Filmproduktion beweist – nie zu Ende beschrieben und doch unter einem Begriff subsumiert werden kann.

Von solchen Begriffen gibt es eine Menge. „Kultur“ wäre noch so einer, bei dem wir zögern würden, ihn mit einem verbindlichen Set an Qualitätskriterien auszustatten. Natürlich finden sich in unseren Köpfen lange Bewertungstraditionen, wenn ein „Kulturverfall“ beklagt oder „Hochkultur“ gegen „Unterhaltungskultur“ ausgespielt werden und wir uns – pluralistische Gesellschaften hin oder her –nach wie vor schwer tun, gegen eine vorschnelle Hierarchisierung ihrer Erscheinungsformen zu argumentieren. Wenn es darum geht, klare Ziele zu benennen, deren Erreichung die Qualität von „Kultur“ ausmachen würde, ist es aber folglich kein Zeichen von Unfähigkeit, sich dagegen zu verweigern sondern eine der Sache angemessene Haltung.

Der Begriff „Bildung“, der lange Zeit als Kehrseite einer Medaille, auf deren Vorderseite „Kultur“ prangt, gegolten hat, scheint dieser prinzipiellen Offenheit zunehmend verlustig zu gehen. Das war noch anders, als die Humanisten in Anspruch nahmen, „Bildung“ – zumindest für Ihresgleichen – als alles umfassende Form der menschlichen Existenz zu theoretisieren. Entsprechend sei es den Menschen für ein Leben lang auferlegt, sich in der Welt als zu Bildende zu erfahren und damit im Prozess ihrer Selbstbildung ins Reine zu kommen.

Der Druck zur spezifischen Ergebniserwartung von Bildungsangeboten kam erst mit der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Rollen, die durch gezielte

Bildungsmaßnahmen ausgefüllt werden sollten. Damit wurde aus Bildung als eine Form selbstzweckhafter Weltaneignung eine zielgerichtete Maßnahme zur Erfüllung bestimmter gesellschaftlicher Aufgaben. Wie gut und in welcher Form diese erreicht werden, ist seither Ausgangspunkt ergebnisorientierter Qualitätsvorstellungen von Bildung.

Qualität als Beschaffenheit

Und so ist es irgendwie selbstverständlich geworden, über die „Qualität der Bildung“ zu sprechen, die mehr können soll als Auskunft über ihre „Beschaffenheit“ zu geben. Der Begriff der Qualität geht auf lat. *qualitas* und dieses auf *qualis* „wie beschaffen, von welcher Art“ zurück. Als solche verwies sie ursprünglich auf die Beschreibung der inneren und äußeren Eigenschaften und damit der Beschaffenheit einer Sache. Etymologisch lässt sich – zumindest indirekt – eine gemeinsame indoeuropäische Wurzel festmachen, die eine verborgene Verbindung zwischen „Qualität“ und „Qual“ herstellt und damit nicht nur Erich Fried und seine Assoziationen auch zu den weniger angenehmen Anteilen von Liebe bestätigt, sondern auch alle Beteiligten, die die Erarbeitung von Definitionen hinlänglich nachvollziehbarer Qualitätsvorstellungen prinzipiell offener Sachverhalte als eine Qual empfinden.

Ich denke, ich kann mich mit den Leser_innen rasch auf die Aussage einigen, dass es Qualität an sich nicht gibt. Um darüber sinnvoll sprechen zu können kommen wir um die Entscheidung nicht herum, woran sie sich bemessen soll. Dies hängt vom gewählten Blickwinkel ab, mehr noch von der konkreten Zielausrichtung, die in der Regel auch über den Blick entscheidet.

Und dann gibt es noch eine besondere, im Fachdiskurs gerne vermiedene Qualitätsdimension, die darin liegt, dass das gewählte Ziel gerade nicht erreicht, die Erwartungen stattdessen überstiegen werden und so zumindest eine Ahnung davon aufkommen lässt, was sich der Beschreibbarkeit der konkreten Beschaffenheit entzieht. Mit solchen Ausflügen werden Nutzer_innen einer Wirtschaftssprache, die Qualität schlicht als „Übereinstimmung von Leistungen und Ansprüchen“ definieren, nur wenig anfangen können. Ich denke aber, dass gerade im Grenzgebiet von Kultur und Bildung dieser utopische Mehrwert eine *besondere Qualität* darstellt, zu der wir uns auch unter dem Primat umfassender Nutzenorientierung nicht vorschnell

begeben sollten.

In diesem Beitrag soll es vor allem um Qualitätsaspekte Kultureller Bildung in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Kontexten gehen. In dem Maße, in dem die Wahrnehmung Kultureller Bildung auf individuellen Entscheidungen beruht und so auch individuelle Erfahrungen evoziert, lassen sich damit verbundene Zielvorstellungen nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Wenn aber Kulturelle Bildung als eine spezifische Interventionsform der öffentlichen Hand in die Gesellschaft begriffen werden will, ergibt sich notwendig ein legitimatorischer Anspruch, der nach den Zielen fragt bzw. ob und wenn ja, in welcher Form, diese erreicht werden. Dies gilt auch und vor allem vor dem Hintergrund der demokratischen Verfasstheit unserer Gesellschaften, zu deren Grundsätzen es gehört, sichtbar zu machen, warum und mit welchen Intentionen öffentliche Angebote gemacht werden und was sie bewirken (sollen).

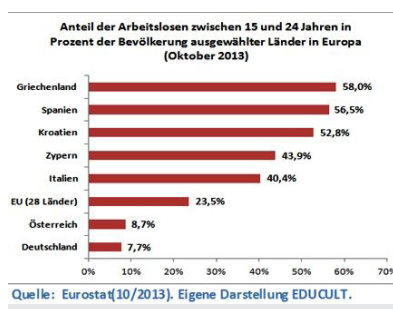
Womit wir bei einem weiteren Zusammenhang angelangt wären, den wir auf seine Qualität untersuchen können, den der Art und Weise des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dessen Ziele sind in den Verfassungen demokratischer Gesellschaften festgelegt, ihre Realisierung bzw. Nichtrealisierung erlaubt also Überlegungen zur Qualität dieses Zusammenlebens, das in seinen Wertvorstellungen ebenso kulturell grundiert ist wie das Verhalten seiner Mitglieder durch Bildung beeinflusst und gestaltet wird.

Wertvorstellungen ändern sich

Kennzeichnend erscheint mir, dass beides, das Set an Wertvorstellungen ebenso wie ihre Aneignung durch Bildung nicht ein für alle Mal festgelegt werden können. Wie uns die Krisenberichterstattung in den Medien täglich lautstark in Erinnerung rufen, unterliegt das Zusammenleben der europäischen Gesellschaften nicht erst seit dem Beginn der Krise dramatischen Veränderungen. Horrorzahlen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit – vor allem in den mediterranen Ländern – sind nur ein, wenn auch ein sehr aussagekräftiges Indiz, dass innerhalb dieser Gesellschaften zurzeit massive Brüche und Verwerfungen stattfinden, die liebgewordene Vorstellungen eines gelingenden Zusammenlebens nachhaltig unterminieren. Anders herum: Uns wird deutlich, dass zentrale Inhalte hart erkämpfter demokratischer Errungenschaften mittlerweile zur Disposition stehen bzw. dass Demokratie immer weniger als ein tragfähiges Leitmotiv angesehen wird, wenn es darum geht, angesichts überwältigender ökonomischer Herausforderungen noch einmal gemeinsame Vorstellungen für ein gelingendes

Zusammenleben mit werthaltigen und damit kulturellen Inhalten zu füllen. Aus der Sicht der Kulturellen Bildung ist das für den Teil der Szene ohne Belang, der immer schon der Meinung war, ihr Thema ließe sich hinlänglich gegenüber den konkreten gesellschaftspolitischen Bedingungen, in denen Kulturelle Bildung stattfindet, abgrenzen; lasse sich vielleicht sogar als eine Immunisierungsstrategie gegen herrschende gesellschaftliche Unbillen ins Treffen führen. Ob in Diktaturen oder Demokratien; es sei ausschließlich die spezifische „Beschaffenheit“ des jeweiligen Angebotes, das herrschende Qualitätsansprüche erfüllt, dessen Realisierung sich daran nachweisen lässt, ob ein *impact*, etwa in Form einer signifikanten Verbesserung von Lernleistungen, gegeben ist.

Dementgegen möchte mein Beitrag angesichts eines auch international sich intensivierenden Diskurses um unterschiedliche Forschungsansätze im Bereich der Kulturellen Bildung Anregungen dafür geben, gerade angesichts der tektonischen Verschiebungen, die wir gerade erleben, den Sektor kultureller



Bildung nicht weiter isoliert zu betrachten. Mein Versuch läuft darauf hinaus, ihn zu kontextualisieren und damit auf diese Weise eine bessere Einschätzung dafür zu gewinnen, ob sich der Fachbereich als (Mit)akteur bei der Weiterentwicklung des demokratischen Zusammenlebens empfiehlt oder ob er weiterhin als ein weitgehend unbezogener Sonderfall verstanden werden will.

Immerhin fällt anhand der bisherigen Beiträge zur Fachdiskussion auf, wie selektiv die Wahrnehmung des sozialen Kontextes bei der Grundlegung von Kultureller Bildung ist. Das betrifft vor allem die Berücksichtigung der zunehmend auseinander klaffenden konkreten Lebensbedingungen der jungen Menschen in der theoretischen Fundierung kultureller Bildungsmaßnahmen, die wesentlich darüber entscheiden, ob diese sich mit Kunst und Kultur auseinander setzen – oder nicht. Stattdessen vermischen sich im wissenschaftlichen Diskurs ungebrochen anwaltschaftliche Behauptungen (*advocacy approach*) mit Erfolgsgeschichten von good practices, die sich – nach

meinem Dafürhalten – immer weiter von den Lebensrealitäten derer, an die sich Kulturelle Bildung richtet, entfernen.

Kulturelle Bildung und ihre blinden Flecke

Ich vermute, dass diese Form der partiellen Realitätsverweigerung vor allem auf eine spezifische sozialwissenschaftliche Analyseunfähigkeit trotz aller interdisziplinären Bekenntnisse der Forschungslandschaft zurückzuführen ist. Entsprechend fehlen bis dato handlungsleitende Einschätzungen der geänderten Arbeits- und Lebensrealitäten ihrer Adressat_innen. Da ist es nicht verwunderlich, dass sich gutgemeinte Forderungen nach einer stärkeren Berücksichtigung sogenannter „bildungsferner Schichten“ bei genauerer Beobachtung als reichlich inhaltsleer erweisen. In der Konsequenz müssen sich die Sprecher_innen – polemisch gesprochen – auf stereotype Fragestellungen zu möglichen Transfereffekten, etwa ob Tanzen bessere Ergebnisse in Mathematik zeitigt oder nicht – beschränken, während sich in Europa das kulturelle Gefüge nachhaltig verändert (und mit ihm die individuellen und kollektiven Perspektiven der individuellen und kollektiven Lebensgestaltung gerade in den dynamischsten Altersgruppen).

Jetzt will ich nicht behaupten, Kulturelle Bildung könnte – jedenfalls in ihrer derzeitigen Verfassung – einen signifikanten Beitrag zur Lösung der Krise leisten. Ich beschränke mich an dieser Stelle darauf, dafür zu plädieren, dass die Änderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Fachdiskurs überhaupt zur Kenntnis genommen werden. Das wäre die Voraussetzung für eine Mitwirkung zumindest bei der Interpretation der Frage, welche Funktion dem Sektor im aktuellen Geschehen zukommen kann bzw. zukommt. Ich beziehe mich dabei auf eine Aussage des legendären Frankfurter Kulturpolitikers Hilmar Hoffmann, der in den 1980er Jahren den Inhalt dessen, um was es bei Kultureller Bildung geht, so beschrieben hat: Kultur ist „das System, das einer Gesellschaft eine unverwechselbare Gestalt und wesentliche Wertorientierungen begründet. Die Künste sind dann die ästhetischen Ausdrucksformen eben dieser Kultur“ (Hoffmann 1979: 126).

Wenn wir dieser Aussage auch heute noch zuzustimmen vermögen, dann kommen wir um den Befund nicht herum, dass sich das, was wir als Gesellschaft bezeichnen samt den in ihr verhandelten Wertvorstellungen beträchtlich

verändert hat. Dies aber hat bislang nicht zu einer, den aktuellen Umwälzungen adäquaten inhaltlichen Neuausrichtung Kultureller Bildung geführt (am weitesten ist dabei England gegangen, das mit Projekten wie *creative partnerships* versucht hat, Kulturelle Bildung für eine weitere Marktliberalisierung zu instrumentalisieren in der Hoffnung, damit die Berufschancen junger Menschen auf den Hoffungsmärkten *cultural and creative industries* zu verbessern; ein Experiment, das unter konservativ-liberalen Vorzeichen mittlerweile eingestellt wurde).

Auf dem Weg in die Postdemokratie

Im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Diskussion ist zuletzt eine Reihe von Autor_innen angetreten, die aktuellen Krisenentwicklungen zu analysieren. Die meisten von ihnen kommen zu wenig erfreulichen Ergebnissen. Sie münden in Befunde zu post-demokratischen Verformungen kapitalistisch organisierter Gesellschaften (siehe dazu etwa Crouch 2008) und stellen damit bisherige Formen der demokratischen Mitgestaltung des Zusammenlebens nachhaltig in Frage. Diese Einschätzungen sollten bei all denjenigen, denen die Aufrechterhaltung spezifischer Qualitäten des Zusammenlebens als Ausdruck gemeinsam zu erlernender kultureller Wertvorstellungen ein Anliegen ist, die Alarmglocken schrillen lassen.

Dazu einige Assoziationen zum aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskurs: Neben Wolfgang Streeck, der mit seinem Buch „Gekaufte Zeit“ (2013) den Verfall des demokratischen Kapitalismus als Konstitutiv der Nachkriegsordnung beschreibt, war mir zuletzt der Beitrag von Claus Offe „Zweieinhalb Theorien über den demokratischen Kapitalismus“ (2013) hilfreich, wenn es darum geht, „die Lage“ besser einschätzen zu lernen und die daraus resultierenden Wertvorstellungen auf den Bereich Kultureller Bildung zu beziehen.

Offe beginnt seinen historischen Abriss mit der Vorstellung einer sozialdemokratischen Theorie des demokratischen Kapitalismus aus den 1970er Jahren. Deren Qualität lag in einer strikten Entkopplung von (ungleich verteilten) sozioökonomischen Ressourcen und (gleichen) politischen Rechten, um zu vermeiden, Eigentum an Wirtschaftsgütern in politische Macht konvertieren zu lassen. Diese sollte als Korrektiv marktwirtschaftlicher Verungleichung auftreten und sich dabei an den jeweils herrschenden Auffassungen sozialer Gerechtigkeit orientieren,

wenn es darum ging, die Ausgestaltung der Marktdynamik und die Verteilung wirtschaftlicher Güter zu beeinflussen.

Über den Machtzuwachs des Ökonomischen und den Machtverlust des Politischen- und was es dagegen zu tun gilt

Mit dem Dominantwerden einer marktliberalen Theorie spätestens seit 1989 zeichnet Offe den Versuch, eine streng symmetrische Trennung von Markt und staatlicher Politik vorzunehmen. Dabei sollten sich die Marktkräfte möglichst von staatlichen Einflüssen ungehindert entfalten können, während sich das politische System auf Garantien von Eigentumsrechten bzw. der Bereitstellung von Infrastruktur und Dienstleistungen (so auch Bildungs- und Kulturangebote) zu beschränken hätte. Als gesellschaftliche Grundlage diente eine „post-ideologische“ politische Kultur, die die Bürger_innen dazu brachte, sich zu den meisten politischen Fragen distanziert bis gleichgültig zu verhalten, um die notwendige Stabilität zu gewährleisten. Nach erfolgter Entdemokratisierung – so die ideologische Rechtfertigung – würde die Eigendynamik der Märkte den (großen) Rest gesellschaftlicher Problembewältigung ganz allein erledigen.

Das Dominantwerden einer global agierenden Finanzwirtschaft läutete die dritte Phase ein. Offe sieht in der aktuellen Organisation der Gesellschaft als einem globalen Wettspiel eine Koinzidenz der aktuellen Krisenerscheinungen mit dem Obsoletwerden bisheriger Gesellschaftstheorien. Ihre Charakteristik läge u.a. darin, dass ihre Dynamik – jedenfalls bislang – ohne jede normative Theorie bzw. Rechtfertigung (und damit nachvollziehbare gesellschaftliche Ziele) auskommt. Stattdessen hätten die begünstigten Inhaber finanzieller Ressourcen – quasi putschartig, weil ohne demokratische Legitimation – die Agenda der politischen Entscheidungsproduktion übernommen. In einer Umkehrung der Asymmetrie der 1970er Jahre bestimmten nunmehr die „Imperative der Märkte“ die Handlungsspielräume von Politik. Diese sei folglich immer weniger in der Lage, die Vorherrschaft von Akkumulation, Profit, Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit, Austerität oder Kommodifizierung zu beanspruchen und damit genuin politische Ziele wie die Sicherstellung von sozialen Rechten, politische Umverteilung oder Nachhaltigkeit durchzusetzen.

Die Außerordentlichkeit liege in der schieren Faktizität der Vorgaben der wirtschaftlichen Entscheidungsträger, die sich eine privilegierte Position

erkämpft haben, von der aus sie ihre neuen brutalen Realitäten ohne jedes legitimierende Versprechen wie „Fortschritt“, „Gerechtigkeit“, „Freiheit“ oder „Stabilität“ durchsetzen können und dabei die demokratisch gewählten Politiker_innen zunehmend schwach aussehen lassen. Ihre einzige verbleibende „Überlebenschance“ scheint darin zu liegen, den Staat vom „Steuerstaat“ in einen „Schuldenstaat umzuwandeln“ (und damit die Bürger_innen zu entmündigten Schuldner zu machen). Im Zuge dessen seien politische Entscheidungsträger_innen gezwungen, die Interessen und Forderungen von Akteuren auf der „Nachfrageseite“ zu negieren und die Bereitstellung von Dienstleistungen und Infrastruktur zu verringern.

Offe nennt am Ende seiner Analyse einige Möglichkeiten, wie das – von den Angeboten der Medienindustrie und ihrem affirmativen Kulturangebot zusätzlich verfestigte – „fatalistische Schweigen“ der Bürger_innen gebrochen werden könnte. Eine „Do-it-yourself-Politik“ der Zivilgesellschaft gehört für ihn ebenso dazu wie das Anschwellen eines gern mit ethnisch-kulturellen Ein- und Ausschlussverfahren agierenden Rechtspopulismus. Besonderes Augenmerk legt er auf neue Institutionen und Verfahren der politischen Beteiligung zur „Re-demokratisierung der Demokratie“: Dabei sollte den sozialen Bedingungen bzw. den argumentativen und deliberativen Verfahren besondere Bedeutung zukommen, unter denen Interessen und politische Präferenzen überhaupt erst wieder neu gebildet werden, um die Vermehrung der Gelegenheiten, sie zum Ausdruck zu bringen, auch nutzen zu können.

Über den geänderten gesellschaftlichen Kontext Kultureller Bildung

Dieses Dreiphasen-Modell spiegelt sich – so meine These – auch in den Wertvorstellungen des kulturellen Bildungssektors. Immerhin verstand sich das Angebot Kultureller Bildung ursprünglich als ein eminenter Beitrag zur Realisierung eines Mehr an sozialer Gerechtigkeit („Kulturpolitik als Fortsetzung von Sozialpolitik“) mit dem Ziel der Schaffung neuer Freiheits- und Gestaltungsspielräume. Diesbezügliche theoretische Ansätze beeinflussen zwar bis heute so manche Absichtserklärung von kulturellen Bildungsprogrammen, wenn es darum geht, bei der Programmentwicklung auch und gerade sozial benachteiligte junge Menschen zu berücksichtigen. Dabei weggefallen ist mittlerweile freilich der Impetus, über eine allfällige Änderung ihres kulturellen

Verhaltens hinaus ihre politischen Mitwirkungsmöglichkeiten zu verbessern. Schon die darauf folgende marktliberale Phase hat die Rahmenbedingungen kultureller Bildungsprogramme nachhaltig verändert. Aus dieser Zeit stammt eine zuvor unbekannte Sprachregelung, in die Begriffe wie „Management“, „Zielgruppenorientierung“, „Effizienz“, „Drittmittelfinanzierung“ oder eben *impact* als handlungsleitende Parameter Eingang gefunden haben. Dazu stellen neue – weitgehend aus dem privaten Wirtschaftsbereich stammende – Akteure wie Stiftungen zunehmend wichtige Ressourcenquellen dar, die sich ihr Engagement in Form von Mitspracherechten abkaufen lassen. Im gleichen Ausmaß verringerte sich die Fähigkeit des Sektors, dem Anspruch einer „wertorientierten Marktkorrektur“ (Kurt Blaukopf) zu folgen und dabei Kulturelle Bildung als ein politisches Projekt zu definieren und danach auszurichten.

In der Konsequenz macht diese Entwicklung Vertreter_innen Kultureller Bildung zu Mitakteuren (und damit zu Bestätigern) einer „post-ideologischen“ gesellschaftspolitischen Verfassung, die darauf setzte, die sinkende Bedeutung des Politischen durch neue Kooperationsformen mit den Marktkräften zu kompensieren. Die Beschäftigung mit der Vielfalt künstlerischer Ausdrucksformen wird seither tendenziell als die bessere Form des Miteinander hochstilisiert, mit dem Effekt, sich auf diese Weise über die Niederungen einer als grundsätzlich ignorant abgewerteten Politik erheben zu können. Darüber hinaus – und hier zeichnet sich eine mögliche Ungleichzeitigkeit ab – dient Kulturelle Bildung in zunehmendem Maße als eine der wenigen verbliebenen Versicherungen der ungebrochenen Stärke von Politik (und seiner administrativen Umsetzungsinstrumente) angesichts der zunehmenden Hilflosigkeit des politischen Personals gegenüber den global agierenden Finanzakteuren (das würde die politische Schwerpunktbildung Kultureller Bildung der letzten Jahre in einigen europäischen Ländern unter ganz unterschiedlichen parteipolitischen Vorzeichen wie in Deutschland und Österreich erklären).

Was aber ist oder kann und wird die Bedeutung von Kultureller Bildung in einer Phase post-demokratischer Entwicklung sein, in der eine Handvoll Finanzinvestoren das wirtschaftliche UND politische Regime übernommen haben und die politischen Interventionschancen dramatisch gesunken sind?

Zur Funktionsbestimmung Kultureller Bildung in der aktuellen Umbruchsphase

In Ermangelung einer theoretischen Grundlegung hat der Sektor (noch) die Wahl. Der bisherige Mangel an gesellschaftskritischer Diskursbereitschaft nährt die Versuchung, dass sich angesichts der Refeudalisierung der gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse (siehe dazu Neckel 2010) mit einer behübschenden, wenn nicht gar verschleiernenden Funktion zufrieden gegeben wird, groß. Auf den Punkt gebracht: Singen und Tanzen, um dem Frust des Alltags für zumindest einige Stunden zu entfliehen. In der Zwischenzeit findet Politik weiter statt, zunehmend im Auftrag marktwirtschaftlicher Interessen, während diejenigen, an die sich kulturelle Bildungsprogramme richten, angeekelt davon abwenden. Ihnen haben die kulturellen Eliten in seltsamer Eintracht mit dem Boulevard (der seine eigenen wirtschaftlichen Interessen verfolgt) gelehrt, sich mit ihrem Engagement gegen die politischen Eliten abzugrenzen, ja diese zu verachten. Und doch gibt es auch die Option, die Arbeit an der Kulturellen Bildung noch einmal politisch aufzuladen und sie damit in ein Verhältnis zu dem zu setzen, was Hoffmann als Gegenstand Kultureller Bildung definiert hat. Die vorliegenden sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse machen deutlich, dass Europa keine temporäre zyklische Krise kapitalistischen Wirtschaftens durchläuft, sondern eine grundlegende kulturelle Transformation, die die Wertvorstellungen der Menschen nachhaltig beeinflusst. Das erfahren die Millionen junger Menschen, deren Existenz zurzeit auf den Einsätzen einzelner Finanzjongleure beruht, auf ganz existentielle Weise. Sie müssen auf ihrem Weg in eine völlig unklare Zukunft „ohne spirituelle Resonanz, die ihre moralische und ihre zivilbürgerliche Phantasie in Bann zu ziehen vermag“ (Sandel 2013: 114) auskommen. Und sie kennen die Konsequenzen aus eigenem Erleben besser als eine ältere Generation, die ihre Schäfchen in ihren geschützten Werkstätten ins Trockene gebracht hat.

Vom „Reden über Menschen“ über das „Reden für Menschen“ zum „Reden mit Menschen“

Was liegt also näher, sie als „Expert_innen“ ihrer eigenen Situation zu sehen und aufzuhören, über sie und stattdessen mit ihnen zu reden. Als selbst Erwachsener sage ich es nicht gerne, aber es sind nicht die Jungen sondern die Erwachsenen, die die modernen Gesellschaften in den Zustand gebracht haben, in dem sie sich heute befinden. Eine neue Dialogbereitschaft, die sich auf der

Höhe demokratischer Mitwirkungsrechte aller Betroffenen weiß, könnte also nicht schaden, wenn es um die Rekonstruktionsversuche eines gesellschaftlichen Lebens auf der Grundlage von heute fundamental gefährdeten Ideen geht, die die Eigenart Europas als Kulturraum die längste Zeit ausgezeichnet haben: Nicht Profit und Effizienz, sondern Freiheit, Mitwirkung und Gerechtigkeit.

Auf der Grundlage dieser Diskussionen könnte es sich lohnen, die Bemühungen zur Implementierung neuer Partizipationsmodelle auch und gerade im Bereich Kultureller Bildung und ihrer Beforschung zu einem Schwerpunkt zu machen. Offes Modell einer stärker inhaltlichen Befassung, die die Interessen und Präferenzen derer ins Zentrum rückt, an die sich kulturelle Bildungsangebote richten, könnten dafür eine Richtschnur sein.

Mir ist bewusst, dass ich mit diesen Gedanken zur aktuellen *Beschaffenheit* formal demokratischer Gesellschaften, in denen Kulturelle Bildung stattfindet, den fachspezifischen Begriff von „Qualität“ ziemlich strapaziert habe. Vielleicht erweist sich „Gesellschaft“ letztlich als ein zu offener Begriff, um ihre Qualitäten hinlänglich erfassen zu können und wir müssen uns auf eine Variante von Erich Frieds Diktum beschränken, das da lautet „Es ist was es ist sagt die Gesellschaft“ hinausläuft, um mit diesem Refrain auch alle negativen Entwicklungen wie Verungleichung, Verarmung, Verelendung, Unfähigkeit oder Unwillen zu inkludieren. Es könnte aber auch sein, dass wir einfach müde geworden sind, ihnen ein neues Set an Perspektiven zur Qualitätsverbesserung unseres Gemeinwesens entgegen zu stellen.

„Qualität“ als „Beschaffenheit“ eines immer wieder erneuerten gemeinsamen Gesprächs

Bei diesem Bemühen könnte Kultureller Bildung als relevantem gesellschaftlichem Faktor die Aufgabe zukommen, nicht vergessen zu lassen, dass Politik immer auch ein utopisches Moment innewohnt, das sich mit dem, was ist, nicht zufrieden gibt, die Veränderung will und im letzten von einem Bild geleitet wird, wie „es sein könnte“ oder gar „wie es sein sollte“. Von gesellschaftlichen Zielen eben, die es **wert** sind, verfolgt zu werden.

Dazu zum Abschluss eine kleine Handlungsanleitung. Sie hat sich aus der Beschäftigung mit Qualitätsvorstellungen Kultureller Bildung im Ruhrgebiet ergeben; in einer der deutschen Regionen, in denen trotz aller Restrukturierungsversuche mittlerweile rund ein Viertel der jungen Menschen aus

sogenannten Hartz-4-Haushalten stammen. In engem Kontakt mit den Akteuren (Lehrer_innen, Künstler_innen, Vermittler_innen, Institutionsvertreter_innen, Entscheidungsträger_innen, Wissenschaftler_innen und jungen Menschen...) war EDUCULT im Rahmen des Forschungsprojektes „Ruhratlas“ (Wimmer/Schad/Nagel 2013) nicht darauf aus, einen für alle verbindlichen Katalog an Qualitätskriterien zu entwickeln. Unser erstes Motiv war die Erarbeitung von Grundlagen für ein öffentliches Gespräch, das mithelfen kann, den Begriff der „Qualität“ auf immer neue Weise mit den Inhalten so auszufüllen, dass er den spezifischen Notwendigkeiten der Beteiligten zu entsprechen vermag. Dieser „partizipative Zugang“ könnte mithelfen, Qualitäten Kultureller Bildung zuallererst danach zu bemessen, was *Not tut* und den gesellschaftlichen Verhältnissen einen Spiegel vorsetzt. Das wäre die Voraussetzung für eine „Qualitätsentwicklung von Gesellschaft“ auch und gerade für diejenigen, die sich aktuell aufgrund ihrer gefährdeten, weil perspektivlosen Lebensumstände keinen Begriff mehr davon machen können.

Empfehlungen aus dem „Ruhratlas“:

- Qualität kann nicht von oben verordnet werden
- Qualität misst sich an der Klarheit und Realisierbarkeit von Zielen
- Qualität heißt Mut zur Veränderung der Strukturen
- Qualität heißt kontinuierliche Auseinandersetzung und Handeln im Kontext
- Qualität heißt, Wirkungen sichtbar und nachvollziehbar zu machen

Literatur:

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Bonn: Edition Suhrkamp.

Hoffmann, Hilmar (1979): Kultur für alle. Frankfurt a.M.: S. Fischer.

Neckel, Sighard (2010): Refeudalisierung der Ökonomie: <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp10-6.pdf> (verifiziert am 25.11.2013).

Offe, Claus (2013): Zweieinhalb Theorien über den demokratischen Kapitalismus. In: Transit – Europäische Revue, 44, S. 42-52.

Sandel, Michael (2013): Solidarität. In: Transit – Europäische Revue, 44, o.S.

Streek, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.

Wimmer, Michael/Schad, Anke/Nagel, Tanja (EDUCULT) (2013): Ruhratlas Kulturelle Bildung. Studie zur Qualitätsentwicklung kultureller Bildung in der Metropole Ruhr: http://www.stiftung-mercator.de/fileadmin/user_upload/INHALTE_UPLOAD/Kulturelle%20Bildung/Ruhratlas/SM_Broschuere_Ruhratlas_RZ_Web.pdf (verifiziert am 25.11.2013).